

**No. 49084\***

---

**Germany  
and  
Switzerland**

**Agreement between the Federal Republic of Germany and the Swiss Confederation concerning military service for dual nationals (with annexes and protocol). Bern, 20 August 2009**

**Entry into force:** *1 October 2011 by the exchange of instruments of ratification, in accordance with article 11*

**Authentic text:** *German*

**Registration with the Secretariat of the United Nations:** *Germany, 28 October 2011*

*\*No UNTS volume number has yet been determined for this record. The Text(s) reproduced below, if attached, are the authentic texts of the agreement /action attachment as submitted for registration and publication to the Secretariat. For ease of reference they were sequentially paginated. Translations, if attached, are not final and are provided for information only.*

---

**Allemagne  
et  
Suisse**

**Accord entre la République fédérale d'Allemagne et la Confédération suisse concernant le service militaire en cas de double nationalité (avec annexes et protocole). Berne, 20 août 2009**

**Entrée en vigueur :** *1er octobre 2011 par échange des instruments de ratification, conformément à l'article 11*

**Texte authentique :** *allemand*

**Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies :** *Allemagne, 28 octobre 2011*

*\* Numéro de volume RTNU n'a pas encore été établie pour ce dossier. Les textes reproduits ci-dessous, s'ils sont disponibles, sont les textes authentiques de l'accord/pièce jointe d'action tel que soumises pour l'enregistrement et publication au Secrétariat. Pour référence, ils ont été présentés sous forme de la pagination consécutive. Les traductions, s'ils sont inclus, ne sont pas en form finale et sont fournies uniquement à titre d'information.*

[ GERMAN TEXT – TEXTE ALLEMAND ]

Abkommen

zwischen

der Bundesrepublik Deutschland

und

der Schweizerischen Eidgenossenschaft

über

die Wehrpflicht der Doppelstaater/Doppelbürger

Die Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Schweizerische Eidgenossenschaft -

im Bestreben, die doppelte Heranziehung von Personen zur Erfüllung der Wehrpflicht zu vermeiden,

aus der Erkenntnis, dass die Probleme, die sich hierbei aus den beiderseitigen unterschiedlichen Wehrpflichtsystemen ergeben, nur durch ein bilaterales Abkommen gelöst werden können,

im Bestreben, die bilateralen Beziehungen zu fördern und zu vertiefen -

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel I  
Gegenstand

Dieses Abkommen regelt Fragen der gesetzlichen Wehrpflicht von Personen, die zugleich Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und schweizerische Staatsangehörige sind (Doppelstaater/Doppelbürger) und in beiden Vertragsstaaten der Wehrpflicht unterliegen.

Artikel 2

Begriffe

In diesem Abkommen bedeuten:

1. Erfüllen der Wehrpflicht
  - a) in der Bundesrepublik Deutschland: Leisten des Grundwehrdienstes oder des Zivildienstes als Ersatzdienst oder eines anderen gleichwertigen Dienstes;
  - b) in der Schweizerischen Eidgenossenschaft: Leisten des Militärdienstes oder des Zivildienstes oder Entrichten der Wehrpflichtersatzabgabe;
2. Ständiger Aufenthalt:

Ort, an dem der Wehrpflichtige sich niedergelassen hat in der Absicht, dort den Schwerpunkt seiner Lebensverhältnisse zu bilden und auf Dauer zu bleiben;
3. Aufenthaltsstaat:

Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet der Wehrpflichtige seinen ständigen Aufenthalt hat.

Artikel 3

Grundsätze

(1) Der Doppelstaater/Doppelbürger braucht seine Wehrpflicht nur gegenüber einem der Vertragsstaaten zu erfüllen.

(2) Er hat seine Wehrpflicht grundsätzlich gegenüber dem Staat zu erfüllen, in dem er seinen ständigen Aufenthalt hat.

(3) Er kann jedoch nach Maßgabe des Artikels 4 wählen, seine Wehrpflicht freiwillig gegenüber dem anderen Vertragsstaat zu erfüllen.

Artikel 4  
Wahlrecht

(1) Das Wahlrecht nach Artikel 3 Absatz 3 wird durch schriftliche Erklärung gegenüber der zuständigen Behörde des Aufenthaltsstaates ausgeübt. Hierzu ist das Formular „Erklärung über die Wahl“ (Anlage 1) zu verwenden. Die zuständige Behörde leitet eine Abschrift an die nach Artikel 7 zuständige Behörde des anderen Vertragsstaates weiter.

(2) Hat der Doppelstaater/Doppelbürger eine Erklärung nach Absatz 1 Satz 1 abgegeben, ist er im Hinblick auf das Erfüllen der Wehrpflicht so anzusehen, als ob er seinen ständigen Aufenthalt im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates hätte.

(3) Das Wahlrecht erlischt

1. mit der Begründung eines Dienstverhältnisses nach Artikel 2 Nummer 1 im Aufenthaltsstaat,
2. mit Vollendung des 19. Lebensjahres, wenn nicht ein Dienstverhältnis nach Artikel 2 Nummer 1 vorher angetreten wird; die zuständige Behörde des Aufenthaltsstaates soll auf Antrag einen Aufschub bewilligen, wenn der Betroffene wegen persönlicher Härtegründe über den vorgenannten Zeitpunkt hinaus vom Dienstverhältnis befristet zurückgestellt ist.

(4) Ein Doppelstaater/Doppelbürger, der sich ständig im Hoheitsgebiet eines Drittstaates aufhält, kann wählen, bei welchem Vertragsstaat er seine Wehrpflicht erfüllen will. Die Erklärung ist gegenüber der Auslandsvertretung des Vertragsstaates abzugeben, dem gegenüber die Wehrpflicht erfüllt werden soll. Im Übrigen gelten die Absätze 1 bis 3 sinngemäß.

Artikel 5

Erfüllen der Wehrpflicht; Verpflichtung zu weiteren Leistungen aufgrund der Wehrpflicht

(1) Hat ein Wehrpflichtiger mit dem Erfüllen der Wehrpflicht gegenüber dem einen Vertragsstaat begonnen, bleibt er diesem gegenüber zum weiteren Erfüllen der Wehrpflicht auch dann verpflichtet, wenn er erst danach die Staatsangehörigkeit des anderen Vertragsstaates erwirbt oder seinen ständigen Aufenthalt in dessen Hoheitsgebiet verlegt.

(2) Hat ein Doppelstaater/Doppelbürger seine Wehrpflicht nach Maßgabe der Artikel 3 und 4 gegenüber dem einen Vertragsstaat erfüllt, so gilt seine Wehrpflicht auch gegenüber dem anderen Vertragsstaat als erfüllt.

(3) Hat ein Doppelstaater/Doppelbürger seine Wehrpflicht nach diesem Abkommen gegenüber einem Vertragsstaat erfüllt, so kann er nur von diesem zu weiteren Leistungen aufgrund der Wehrpflicht herangezogen werden. Das gilt insbesondere auch im Falle der Mobilmachung.

(4) Der Doppelstaater/Doppelbürger hat nach Ausübung des Wahlrechts auf Verlangen der zuständigen Behörde des Aufenthaltsstaates Auskunft über den Stand des Erfüllens der Wehrpflicht gegenüber dem anderen Vertragsstaat zu erteilen und die dazu erforderlichen Nachweise vorzulegen. Hierzu ist das Formular „Bescheinigung über den Stand der Leistung der Wehrpflicht“ (Anlage 2) zu verwenden.

Artikel 6

Missbrauch

Der Doppelstaater/Doppelbürger, der sich dem Erfüllen der Wehrpflicht entzieht, wird von den Vorteilen des vorliegenden Abkommens auf Verlangen des Vertragsstaates, in dem er sie leisten muss, ausgeschlossen.

Artikel 7

Zusammenarbeit der Behörden

In Vollzug dieses Abkommens arbeiten das deutsche Bundesamt für Wehrverwaltung und das deutsche Bundesamt für den Zivildienst einerseits sowie der schweizerische Führungsstab der Armee andererseits unmittelbar zusammen.

Artikel 8

Schwierigkeiten bei der Anwendung

Schwierigkeiten, die sich bei der Anwendung dieses Abkommens ergeben und die nicht im Rahmen der unmittelbaren Zusammenarbeit der zuständigen Behörden gelöst werden können, werden von den Vertragsstaaten auf diplomatischem Wege geregelt.

Artikel 9

Datenschutz

(1) Soweit für die Durchführung dieses Abkommens nach Artikel 1 personenbezogene Daten zu übermitteln sind, dürfen diese Informationen ausschließlich betreffen:

1. die in den Anlagen 1 und 2 aufgeführten Daten und Angaben über den Doppelstaater/Doppelbürger;
2. gegebenenfalls den Personalausweis oder den Reisepass oder eine beglaubigte Kopie davon (Nummer, Gültigkeitsdauer, Ausstellungsdatum, ausstellende Behörde, Ausstellungs-ort) des Doppelstaaters/Doppelbürgers;
3. gegebenenfalls eine Erklärung des Aufenthaltsstaates des Doppelstaaters/Doppelbürgers über eine bewilligte, befristete Zurückstellung vom Dienstverhältnis;

4. gegebenenfalls den Antrag eines der Vertragsstaaten auf Ausschluss des Doppelstaaters/Doppelbürgers von den Vorteilen dieses Abkommens;

5. gegebenenfalls eine schriftliche Erklärung des Doppelstaaters/Doppelbürgers über die Wahl des Vertragsstaates, dem gegenüber er künftig die Wehrpflicht erfüllen will.

(2) Diese Daten dürfen nur zwischen den für den Vollzug dieses Abkommens zuständigen Behörden übermittelt werden.

(3) Für den Umgang mit diesen Daten sind die im Protokoll zu diesem Abkommen aufgeführten Grundsätze zu beachten. Das Protokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

#### Artikel 10

##### Übergangsbestimmungen

(1) Ein Doppelstaater/Doppelbürger, der bei Inkrafttreten dieses Abkommens bereits von einem Vertragsstaat zum Erfüllen der Wehrpflicht herangezogen worden ist, hat sie nur diesem gegenüber weiterhin zu erfüllen.

(2) Ist er bereits von beiden Vertragsstaaten herangezogen worden, so kann er innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Abkommens durch schriftliche Erklärung den Vertragsstaat wählen, dem gegenüber er künftig die Wehrpflicht erfüllen will. Gibt er eine solche Erklärung nicht ab, bleibt er gegenüber dem Vertragsstaat wehrpflichtig, in dessen Hoheitsgebiet er sich bei Inkrafttreten dieses Abkommens ständig aufhielt. Liegt der ständige Aufenthalt in einem Drittstaat, so bleibt der Doppelstaater/Doppelbürger dem Vertragsstaat gegenüber wehrpflichtig, von dem er erstmals zum Erfüllen der Wehrpflicht herangezogen worden ist.



Artikel 11  
Inkrafttreten und Kündigung

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden sobald wie möglich ausgetauscht. Das Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es jederzeit schriftlich auf diplomatischem Wege kündigen. Eine solche Kündigung tritt nach zwölf Monaten, vom Datum des Empfanges der Mitteilung durch den anderen Vertragsstaat an gerechnet, in Kraft.

(3) Die Registrierung des Abkommens beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von deutscher Seite veranlasst. Der andere Vertragsstaat wird unter Angabe der VN-Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

Geschehen zu Bern am 20. August 2009 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für die  
Bundesrepublik Deutschland



Für die  
Schweizerische Eidgenossenschaft



Anlage 1 zum Abkommen vom 20. August 2009 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Wehrpflicht der Doppelstaater/Doppelbürger

### Erklärung über die Wahl

vorgesehen in den Artikeln 3 und 4 des Abkommens vom 20. August 2009 über die Wehrpflicht der Doppelstaater/Doppelbürger

#### Ich, der Unterzeichner (Name und Vornamen)

\_\_\_\_\_

geboren in \_\_\_\_\_, am \_\_\_\_\_

mit ständigem Aufenthalt in \_\_\_\_\_

erkläre hiermit gemäß Artikel 4 Abs. 1 / Artikel 4 Abs. 4<sup>(1)</sup> des o. g. Abkommens, meine

Wehrpflicht in<sup>(2)</sup> \_\_\_\_\_ erfüllen zu wollen.

Ort \_\_\_\_\_, Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

#### Wir, die unterzeichnende Behörde<sup>(3)</sup>

\_\_\_\_\_

bestätigen hiermit die Richtigkeit der obenstehenden Erklärung und die Genauigkeit der Angaben, die in ihr enthalten sind.

Ort \_\_\_\_\_, Datum \_\_\_\_\_

(4)

\_\_\_\_\_  
<sup>(1)</sup>Nichtzutreffendes streichen

<sup>(2)</sup>Deutschland oder Schweiz

<sup>(3)</sup>Offizielle Bezeichnung der Behörde, die die Richtigkeit der Erklärung zu bestätigen hat:

In Deutschland: Kreiswehersatzamt/ Bundesamt für den Zivildienst

In der Schweiz: der Bereich Personelles der Armee (J1) im Führungsstab der Armee

In einem Drittstaat: Zuständige diplomatische oder konsularische Vertretung des Staates, den der Wahlberechtigte gewählt hat

<sup>(4)</sup>Unterschrift und Stempel der Behörde, die die Richtigkeit der Erklärung bestätigt hat

Anlage 2 zum Abkommen vom 20. August 2009 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Wehrpflicht der Doppelstaater/Doppelbürger

**Bescheinigung über den Stand der Leistung der Wehrpflicht**

vorgesehen in Artikel 5 Abs. 4 des Abkommens vom ..... über die Wehrpflicht der Doppelstaater/Doppelbürger

Das/Die<sup>(1)</sup>

bescheinigt, dass (Name und Vornamen)

geboren in \_\_\_\_\_, am \_\_\_\_\_

der zugleich die deutsche und die schweizerische Staatsangehörigkeit besitzt und verpflichtet ist, seine Wehrpflicht in<sup>(2)</sup> \_\_\_\_\_ zu erfüllen, folgendes Stand ausweist<sup>(3)</sup>:

- Er wurde noch nicht zum Erfüllen seiner Wehrpflicht einberufen; er ist den Gesetzen über die Stellung/Rekrutierung<sup>(3)</sup> in<sup>(2)</sup> \_\_\_\_\_ nachgekommen.

- Er wurde zur Leistung seiner Wehrpflicht einberufen

vom \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_ Gesamte Dauer: \_\_\_\_\_

- Er wurde befreit oder dispensiert am \_\_\_\_\_

- Er leistet Zivildienst.

- Er leistet einen anderen gleichwertigen Dienst.

- Er entrichtet die Wehrpflichtersatzabgabe.

Ort \_\_\_\_\_, Datum \_\_\_\_\_

(4)

(1) Offizielle Bezeichnung der Behörde, die die Bescheinigung ausgestellt hat:

In Deutschland: Kreiswehersatzamt / Bundesamt für den Zivildienst

In der Schweiz: der Bereich Personelles der Armee (J1) im Führungsstab der Armee

(2) Deutschland oder Schweiz

(3) Nichtzutreffendes streichen

(4) Unterschrift und Stempel der Behörde, die die Bescheinigung ausgestellt hat

Protokoll  
zu dem  
Abkommen  
zwischen  
der Bundesrepublik Deutschland  
und  
der Schweizerischen Eidgenossenschaft  
über die Wehrpflicht der Doppelstaater/Doppelbürger

In Ergänzung des Abkommens vom 20. August 2009 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Wehrpflicht der Doppelstaater/Doppelbürger haben die Vertragsparteien Folgendes vereinbart:

Für die Übermittlung personenbezogener Daten nach Artikel 9 sind die folgenden Grundsätze zu beachten:

- a) Die empfangende Stelle eines Vertragsstaates unterrichtet die übermittelnde Stelle des anderen Vertragsstaates auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und die dadurch erzielten Ergebnisse.
- b) Die Verwendung der Daten durch die empfangende Stelle ist nur zu den in diesem Abkommen bezeichneten Zwecken und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgegebenen Bedingungen zulässig. Die Verwendung ist darüber hinaus zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie zum Zwecke der Abwehr erheblicher Gefahren für die öffentliche Sicherheit zulässig.
- c) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen

Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zu der Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen beeinträchtigt würden. Erweist es sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht hätten übermittelt werden dürfen, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Sie ist verpflichtet, die Daten unverzüglich zu berichtigen oder zu löschen.

- d) Der Betroffene ist über die Empfänger seiner Daten zu unterrichten, soweit er nicht mit der Übermittlung an diese rechnen muss oder nicht auf andere Weise Kenntnis davon erhalten hat.
- e) Dem Betroffenen ist auf Antrag Auskunft über die zu seiner Person vorhandenen Daten sowie über ihren vorgesehenen Verwendungszweck zu erteilen. Das Recht auf Auskunftserteilung richtet sich nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaates, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird. Die Erteilung der Auskunft kann verweigert werden, wenn das Interesse des Staates, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Antragstellers überwiegt.
- f) Wird jemand im Zusammenhang mit Datenübermittlungen aufgrund dieses Abkommens rechtswidrig geschädigt, ist ihm die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts zum Ersatz des Schadens verpflichtet. Sie kann sich gegenüber dem Geschädigten nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist. Leistet die empfangende Stelle Schadensersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von unrichtig übermittelten Daten verursacht wurde, erstattet die übermittelnde Stelle der empfangenden Stelle den Betrag des geleisteten Ersatzes.
- g) Die übermittelnde Stelle weist bei der Übermittlung von Daten auf die nach ihrem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Fristen für die Aufbewahrung der Daten hin, nach deren Ablauf sie gelöscht werden müssen. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.

- h) Die übermittelnde und die empfangende Stelle stellen sicher, dass die Übermittlung und der Empfang der Daten aktenkundig gemacht werden.
  
- i) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

[TRANSLATION – TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND  
THE SWISS CONFEDERATION CONCERNING MILITARY SERVICE  
FOR DUAL NATIONALS

The Federal Republic of Germany,

And

The Swiss Confederation,

Desiring to avoid double calling-up of dual nationals for military service,

Recognizing that the problems that arise in this connection from the differing systems of military service in the two countries can only be resolved through a bilateral agreement,

Seeking to promote and deepen bilateral ties,

Have agreed as follows:

*Article 1. Purpose*

The present agreement regulates questions of the legal obligation of military service of persons who are simultaneously Germans as defined in the Constitution of the Federal Republic of Germany and Swiss citizens (dual nationals) and are subject to military service in both contracting States.

*Article 2. Definitions*

In the present agreement, the following definitions shall apply:

1. The term "discharging military obligations" means:

(a) in the Federal Republic of Germany, performance of basic military service, substitute community service or another equivalent service;

(b) in the Swiss Confederation, performance of military service or community service, or payment of the military service exemption tax;

2. The term "permanent residence" means the place where the person subject to military service has settled, intending to make it the main focus of his life's activities and to remain there on a long-term basis.

3. The term "State of residence" means the contracting State in whose territory the person subject to military service has his permanent residence.

*Article 3. Principles*

(1) A dual national shall be required to discharge his military obligations with respect to only one of the contracting States.

(2) As a basic rule, a dual national shall be to discharge his military obligations with respect to the State in which he has his permanent residence.

(3) However, in accordance with the provisions of article 4, he may choose voluntarily to discharge his military obligations with respect to the other contracting State.

*Article 4. Right of choice*

(1) The right of choice referred to in paragraph 3 of article 3 shall be exercised by means of a written declaration to the competent authority of the State of residence. For this purpose the form “Declaration of Choice” (Annex 1) shall be used. The competent authority shall forward a copy to the competent authority of the other contracting State referred to in article 7.

(2) If the dual national has submitted a declaration as described in the first sentence of paragraph 1, he shall be regarded, with reference to discharge of his military obligations, as if he had his permanent residence in the territory of the other contracting State.

(3) The right of choice shall cease to exist:

1. Upon commencement of one of the forms of service described in item 1 of article 2 in the State of residence,

2. Upon reaching the 19<sup>th</sup> birthday, unless performance of one of the forms of service described in item 1 of article 2 has begun prior to that date; the competent authority of the State of residence shall grant an extension upon request if the military obligations of the person concerned have been deferred to a later point in time on grounds of personal hardship.

(4) A dual national who is permanently resident in the territory of a third State may choose in which contracting State he wishes to discharge his military obligations. The declaration is be submitted to the diplomatic or consular representation of the contracting State in which the military obligations are to be discharged. In addition, paragraphs 1 to 3 shall apply as appropriate.

*Article 5. Discharge of military obligations; Obligation to perform further services arising from the military obligation.*

(1) If a person subject to military service has started to discharge his military obligations in one of the contracting States, his obligation to that State to continue discharging his military obligations shall remain binding even if he subsequently attains the nationality of the other contracting State or moves his permanent residence into the latter’s territory.

(2) If, in accordance with the provisions given in articles 3 and 4 above, a dual national has discharged his military obligations towards one of the contracting States, his military obligations towards the other contracting State shall be deemed also to have been discharged.

(3) If, in accordance with the terms of the present agreement, a dual national has discharged his military obligations towards one of the contracting States, he may be



called upon to perform other services arising from his military obligations only by that same State. That shall be the case in particular in the event of mobilization.

(4) Following the exercise of the right of choice, the dual national shall upon request from the competent authority of the State of residence provide information concerning the status of the discharge of his military obligations with respect to the other contracting State and submit the requisite proofs. For this purpose the form “Certification on Discharge of Military Obligations” (Annex 2) shall be used.

#### *Article 6. Abuse*

A dual national who has evaded his military obligations shall be excluded from the benefits of the present agreement at the request of the contracting State in which he is required to discharge them.

#### *Article 7. Cooperation between authorities*

In order to implement the present agreement the German Federal Office for Administration of the Armed Forces and the German Federal Office for Community Service shall cooperate directly with the Swiss Army Command.

#### *Article 8. Difficulties in implementation*

Any difficulties which may arise in the implementation of the present agreement and which cannot be resolved by means of the direct cooperation between the competent authorities shall be settled by the contracting States through the diplomatic channel.

#### *Article 9. Data protection*

(1) If personal data have to be communicated for purposes of implementing the present agreement in accordance with article 1, such information may only relate to:

1. The data and information listed in Annexes 1 and 2 concerning the dual national;
2. If applicable, the dual national’s personal identity document or passport, or a certified copy thereof (number, validity, date of issue, issuing authority, place of issue);
3. If applicable, a declaration by the dual national’s State of residence concerning an approved and time-bound postponement of the start of his service;
4. If applicable, the request by one of the contracting States for the exclusion of the dual national from the benefits of the present agreement;
5. If applicable, a written declaration by the dual national as to the choice of the contracting State with respect to which he intends in the future to discharge his military obligations.

(2) Such data may only be communicated between the authorities responsible for the implementation of the present agreement.

(3) Handling of these data shall be governed by the principles enumerated in the Protocol to the present agreement, of which the Protocol forms an integral part.

*Article 10. Transitional provisions*

(1) A dual national who has already been called up to discharge his military obligations in one of the contracting States at the time the present agreement enters into force shall be required to complete them only with respect to that State.

(2) If the dual national has already been called up by both contracting States, he shall be entitled within one year after the entry into force of the present agreement to select by means of a written declaration the contracting State with respect to which he intends in the future to discharge his military obligations. If the dual national does not submit such a declaration, he shall remain subject to military service in the contracting State in which he was permanently resident at the time of entry into force of the present agreement. If his permanent residence is located in a third State, then the dual national shall remain subject to military service in the contracting State which first called him up to discharge his military obligations.

*Article 11. Entry into force and denunciation*

(1) The present agreement requires ratification. The instruments of ratification shall be exchanged as rapidly as possible. The agreement shall enter into force on the first day of the second month following the exchange of the instruments of ratification.

(2) The present agreement is concluded for an unlimited period. Either contracting State may denounce it at any time in writing through the diplomatic channel. Such denunciation shall take effect twelve months after the date of receipt of the denunciation by the other contracting State.

(3) Registration of the agreement with the Secretariat of the United Nations in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations shall be undertaken by the German side immediately after its entry into force. The other contracting State shall be informed of the registration, including the United Nations registration number, as soon as this is confirmed by the United Nations Secretariat.

DONE at Bern on 20 August 2009 in two originals in the German language.

For the Federal Republic of Germany

For the Swiss Confederation

ANNEX 1 TO THE AGREEMENT OF 20 AUGUST 2009 BETWEEN THE FEDERAL  
REPUBLIC OF GERMANY AND THE SWISS CONFEDERATION  
CONCERNING MILITARY SERVICE FOR DUAL NATIONALS

*Declaration of Choice*

Provided for in articles 3 and 4 of the agreement of 20 August 2009 concerning  
military service for dual nationals

The undersigned (surname and first names) .....

born in . .... on .....

whose permanent residence is in .....

hereby declares in accordance with paragraph 1 of article 4 / paragraph 4 of article  
4(1) of the above agreement that he chooses to discharge his military obligations in(2)  
.....

Place . .... Date .....

Signature .....

The undersigned authority(3) .....

attests to the correctness of the declaration above and to the accuracy of the  
information contained in it.

Place . .... Date ... ..

.....(4)

(1) Delete as appropriate.

(2) Germany or Switzerland.

(3) Official title of the authority attesting to the correctness of the declaration:

In Germany: Local Conscription Office / Federal Office for Community Service.

In Switzerland: Army Personnel Matters section (J1) of the Army Command.

In a third State: the diplomatic or consular representation of the State which the  
person entitled to make the choice has selected.

(4) Signature and stamp of the authority attesting to the correctness of the  
declaration.

ANNEX 2 TO THE AGREEMENT OF 20 AUGUST 2009 BETWEEN THE FEDERAL  
REPUBLIC OF GERMANY AND THE SWISS CONFEDERATION  
CONCERNING MILITARY SERVICE FOR DUAL NATIONALS

Certification on Discharge of Military Obligations

provided for in paragraph 4 of article 5 of the agreement of  
.....concerning military service for dual nationals

The (1) . .....

hereby attests that (surname and first names) .....

born in . ....on .....

simultaneously possessing German and Swiss nationalities, and obliged to discharge  
his military obligations in (2) .....

is in the following situation(3):

He has not yet been called up to discharge his military obligations; he has complied  
with the laws on call-up / recruitment (3) in (4) .....

He was called up to discharge his military obligations from ..... to.....Total  
duration: .....

He was exempted or excused from military obligations on .....

He is performing community service.

He is performing another equivalent service.

He is paying the military service exemption tax.

Place . .... Date .....

.....(4)

(1) Official title of the authority issuing the certificate

In Germany: Local Conscription Office / Federal Office for Community Service

In Switzerland: Army Personnel Matters section (J1) of the Army Command

(2) Germany or Switzerland.

(3) Delete as appropriate.

(4) Signature and stamp of the authority issuing the certificate.

PROTOCOL TO THE AGREEMENT BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF  
GERMANY AND THE SWISS CONFEDERATION CONCERNING MILITARY  
SERVICE FOR DUAL NATIONALS

Further to the agreement of 20 August 2009 between the Federal Republic of Germany and the Swiss Confederation concerning military service for dual nationals, the contracting Parties have agreed as follows:

The following principles shall be observed in connection with the communication of personal data as provided for in article 9:

(a) The receiving location of a contracting State shall inform the sending location of the other contracting State upon request as to the use made of the communicated data and the results achieved thereby.

(b) Use of the data by the receiving location shall be permitted only for the purposes set forth in the present agreement and under the conditions stipulated by the sending location. Use shall also be permitted for the prevention and prosecution of serious criminal acts and for the purpose of averting significant hazards to public safety.

(c) The sending location shall be obliged to ensure that the data to be communicated are accurate and that the communication is necessary for and proportionate to the purpose to be achieved by it. Any prohibitions on communication provided for by a contracting State's domestic law shall be observed. Data shall not be communicated if the sending location has grounds for supposing that doing so would be in conflict with the intent of a domestic law or would jeopardize interests warranting protection of the persons involved. If it should become evident that incorrect data or data that should not have been communicated have been communicated, the receiving location shall be promptly informed thereof, and shall correct or delete the data without delay.

(d) The person concerned shall be informed concerning the recipients of his data, in cases where he would not expect the data to be communicated to them, or has not otherwise learned of the communication.

(e) The person concerned shall be informed, upon his request, about the data about him that are extant and about the use that it is intended to make of them. The right to be so informed shall be governed by the domestic law of the contracting State in whose territory the information is requested. Provision of the information may be refused if the interest of the State in not providing the information outweighs the interests of the requester.

(f) If someone is unlawfully harmed in connection with communications of data on the basis of the present agreement, the receiving location shall be obliged to compensate him for the harm in accordance with the provisions of its domestic law. It shall not be allowed to assert to the victim that the harm has been caused by the sending location. If the receiving location pays compensation for a harm that was caused by the use of incorrectly communicated data, the sending location shall reimburse the receiving location the amount of the compensation paid.

(g) When data are communicated, the sending location shall draw attention to the time-limits provided for in its domestic law for the retention of the data, after which the

data must be deleted. Regardless of these time limits the communicated data shall be deleted as soon as they are no longer required for the purpose for which they were communicated.

(h) The sending and the receiving locations shall ensure that a record is kept of the communication and the receipt of the data.

(i) The sending and the receiving locations shall be required to protect the communicated data against unauthorized access, unauthorized modification or unauthorized publication.

[TRANSLATION – TRADUCTION]<sup>1</sup>

*Traduction*<sup>1</sup>

**Convention  
entre la Confédération suisse et  
la République fédérale d'Allemagne relative  
au service militaire des double-nationaux**

Conclue le 20 août 2009  
Instruments de ratification échangés le 24 août 2011  
Entrée en vigueur le 1<sup>er</sup> octobre 2011

---

*La Confédération suisse  
et  
la République fédérale d'Allemagne,*

soucieuses d'éviter la double astreinte de certaines personnes à accomplir des obligations militaires,

reconnaissant que les problèmes découlant dans ce contexte des systèmes de service militaire différents ne peuvent être réglés que par une convention bilatérale,

désireuses de renforcer et d'approfondir les relations entre elles,

*sont convenues des dispositions suivantes:*

**Art. 1**           Objet

La présente convention règle les questions relatives aux obligations militaires légales des personnes qui possèdent conjointement la nationalité allemande au sens de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne et la nationalité suisse (double-nationaux<sup>2</sup>) et qui sont soumises aux obligations militaires dans les deux Etats contractants.

**Art. 2**           Définitions

Dans la présente convention, les définitions suivantes sont appliquées:

1. Accomplissement des obligations militaires:
  - a. pour la République fédérale d'Allemagne, le service militaire de base effectif, le service civil en guise de service de remplacement ou tout autre service jugé équivalent;
  - b. pour la Confédération suisse, le service militaire effectif, le service civil effectif et le paiement de la taxe d'exemption de l'obligation de servir.

RS 0.141.113.6

<sup>1</sup> Traduction du texte original allemand (AS 2011 4367).

<sup>2</sup> En Allemagne, les double-nationaux sont appelés «Doppelstaater» et non «Doppelbürger».

2. Résidence habituelle: lieu où la personne astreinte au service s'est établie avec l'intention de constituer le centre de sa vie et d'y demeurer durablement.
3. Etat de résidence: Etat contractant dans le territoire national duquel la personne astreinte au service a sa résidence habituelle.

**Art. 3**           Principes

- (1) Le double-national n'est soumis aux obligations militaires que dans un seul des deux Etats contractants.
- (2) Il accomplit en principe ses obligations militaires dans l'Etat où il a sa résidence habituelle.
- (3) Il peut cependant opter conformément à l'art. 4 d'accomplir ses obligations militaires à titre volontaire dans l'autre Etat contractant.

**Art. 4**           Droit d'option

- (1) Le droit d'option, prévu à l'al. 3 de l'art. 3, s'exerce au moyen d'une déclaration écrite adressée à l'autorité compétente de l'Etat de résidence. Le formulaire «Déclaration d'option» (annexe 1) est utilisé à cet effet. L'autorité compétente transmet une copie à l'autorité compétente de l'autre Etat contractant désignée à l'art. 7.
- (2) Si le double-national a remis une déclaration prévue dans la 1<sup>re</sup> phrase de l'al. 1, il sera considéré comme ayant sa résidence habituelle dans le territoire national de l'autre Etat contractant pour ce qui est de l'accomplissement des obligations militaires.
- (3) Le droit d'option s'éteint:
  1. suite à la création de rapports de service dans l'Etat de résidence selon le numéro 1 de l'art. 2;
  2. à l'âge de 19 ans révolus, à supposer que des rapports de service selon le numéro 1 de l'art. 2 n'aient pas été constitués auparavant. Sur demande, l'autorité compétente de l'Etat de résidence autorisera un report de cette échéance si la personne concernée est tenue éloignée du service, après la date déterminante, pour une durée limitée et en raison de circonstances personnelles.
- (4) Le double-national qui a sa résidence habituelle dans le territoire national d'un Etat tiers peut choisir l'Etat contractant dans lequel il souhaite accomplir ses obligations militaires. La déclaration d'option est adressée à une représentation diplomatique ou consulaire de l'Etat contractant au profit duquel les obligations militaires seront accomplies. Pour le surplus, les al. 1 à 3 s'appliquent par analogie.

---

<sup>1</sup> Translation supplied by The Federal Authorities of the Swiss Confederation (<http://www.admin.ch/opc/fr/official-compilation/2011/4367.pdf>) – Traduction fournie par Les autorités fédérales de la Confédération suisse(<http://www.admin.ch/opc/fr/official-compilation/2011/4367.pdf>)



**Art. 5** Accomplissement des obligations militaires, obligation faite sur cette base de fournir d'autres prestations

(1) Une personne astreinte au service qui a commencé à accomplir ses obligations militaires dans l'un des Etats contractants reste tenue à son égard quand bien même elle acquerrait ultérieurement la nationalité de l'autre Etat contractant ou qu'elle transférerait sa résidence habituelle dans le territoire national de ce dernier.

(2) Si, conformément aux dispositions des art. 3 et 4, un double-national accomplit ses obligations militaires dans l'un des Etats contractants, l'autre Etat contractant considérera les obligations militaires comme accomplies.

(3) Si un double-national a accompli ses obligations militaires envers l'un des Etats contractants aux conditions stipulées par la présente convention, seul cet Etat peut lui imposer de fournir d'autres prestations fondées sur les obligations militaires. Cela vaut notamment en cas de mobilisation.

(4) Après avoir fait usage de son droit d'option, le double-national est tenu, à la demande de l'autorité compétente de l'Etat de résidence, de fournir des informations concernant l'état d'accomplissement des obligations militaires envers l'autre Etat contractant et de présenter les pièces nécessaires à cette fin. Le formulaire «Certificat de situation militaire» (annexe 2) sera utilisé.

**Art. 6** Abus

Le double-national qui se soustrait à ses obligations militaires sera privé du bénéfice de la présente convention à la demande de l'Etat contractant au profit duquel il est tenu de les accomplir.

**Art. 7** Collaboration des autorités

L'Office fédéral allemand de l'administration de la défense et l'Office fédéral allemand du service civil ainsi que l'Etat-major suisse de conduite de l'armée travaillent en étroite collaboration à l'exécution des dispositions de la présente convention.

**Art. 8** Règlement des différends

Les différends ou difficultés issus de l'application de la présente convention pour lesquels une solution n'a pas pu être trouvée dans le cadre de collaboration étroite des autorités compétentes seront réglés par les Etats contractants en utilisant la voie diplomatique.

**Art. 9** Protection des données

(1) Les informations relatives aux personnes dont la transmission est requise pour l'exécution de la présente convention selon l'art. 1 peuvent uniquement concerner:

1. les données et indications figurant dans les annexes 1 et 2 à propos du double-national;

2. le cas échéant, la carte d'identité, le passeport ou une copie certifiée conforme de tels documents (numéro, durée de validité, date d'émission, autorité et lieu de délivrance) relatifs au double-national;
3. le cas échéant, une attestation de l'Etat de résidence du double-national relative à une suspension des rapports de service autorisée pour une durée limitée;
4. le cas échéant, une requête de l'un des Etats contractants aux fins de priver le double-national du bénéfice de la présente convention;
5. le cas échéant, une déclaration écrite du double-national relative au choix de l'Etat contractant au profit duquel il souhaite dorénavant accomplir ses obligations militaires.

(2) Ces informations ne peuvent être transmises qu'entre les autorités compétentes pour l'exécution de la présente convention.

(3) Le traitement de ces informations est régi par les principes figurant dans le protocole attaché à la présente convention. Ce protocole fait partie intégrante de la présente convention.

#### **Art. 10** Dispositions transitoires

(1) Un double-national qui a déjà été enrôlé par l'un des Etats contractants en vue de l'accomplissement de ses obligations militaires à l'entrée en vigueur ne sera tenu de poursuivre leur accomplissement qu'au profit de cet Etat.

(2) S'il a déjà été enrôlé par les deux Etats contractants, le double-national peut choisir, dans le délai d'une année à compter de l'entrée en vigueur de la présente convention et par déclaration écrite, l'Etat dans lequel il souhaite poursuivre l'accomplissement de ses obligations militaires. S'il ne remet pas une telle déclaration, le double-national reste soumis aux obligations militaires dans l'Etat contractant dans le territoire national duquel il avait sa résidence habituelle à l'entrée en vigueur de la présente convention. Si sa résidence habituelle se trouve dans un Etat tiers, le double-national reste soumis aux obligations militaires dans l'Etat contractant qui l'a enrôlé en premier.

#### **Art. 11** Entrée en vigueur, durée de validité et dénonciation

(1) La présente convention est soumise à ratification. Les instruments de ratification seront échangés dès que possible. La présente convention entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant la date de l'échange des instruments de ratification.

(2) La présente convention est conclue pour une durée indéterminée. Chacun des Etats contractants pourra la dénoncer à tout moment par écrit et en utilisant la voie diplomatique. Une telle dénonciation prendra effet douze mois après la date de réception de sa notification par l'autre Etat contractant.

(3) Le plus tôt possible après son entrée en vigueur, la République fédérale d'Allemagne fera enregistrer la présente convention au Secrétariat des Nations Unies conformément à l'art. 102 de la Charte des Nations Unies<sup>3</sup>. L'autre Etat contractant sera informé dès que le Secrétariat des Nations Unies aura enregistré la présente convention par la communication du numéro d'enregistrement de celle-ci auprès des Nations Unies.

Fait à Berne, le 20 août 2009 en double exemplaire, chacun en allemand.

Pour la  
Confédération suisse:  
Ueli Maurer

Pour la  
République fédérale d'Allemagne:  
Axel Berg

**Déclaration d'option**

prévues aux art. 3 et 4 de la Convention du 20 août 2009 relative au service militaire des double-nationaux

**Je soussigné, (nom, prénom),**

.....  
né à ....., le .....,  
ayant ma résidence habituelle en .....,  
déclare, conformément à l'art. 4, al. 1 / l'art. 4, al. 4<sup>4</sup>, de la convention susmen-  
tionné, vouloir accomplir mes obligations militaires en <sup>5</sup> .....,  
Lieu ..... Date .....,  
Signature: .....

**Nous les autorités soussignées,<sup>6</sup>**

.....  
certifions l'exactitude de la déclaration ci-dessus et des renseignements qu'elle  
comporte.  
Lieu ..... Date .....

7

.....

<sup>4</sup> Biffer ce qui ne convient pas.

<sup>5</sup> Allemagne ou Suisse.

<sup>6</sup> Dénomination officielle des autorités qui certifient l'exactitude de la déclaration:  
*En Allemagne:* Office d'arrondissement de recrutement / Office fédéral du service civil.  
*En Suisse:* Personnel de l'armée (DBC 1) au sein de l'Etat-major de conduite de l'armée.  
*Dans un Etat tiers:* Représentation diplomatique ou consulaire compétente de l'Etat que  
le titulaire du droit d'option a choisi.

<sup>7</sup> Signature et timbre de l'autorité qui a établi le certificat.

**Certificat de situation militaire**

prévu à l'art. 5, al. 4, de la Convention du 20 août 2009 relative au service militaire des double-nationaux

L'/Le<sup>s</sup>

.....  
certifie que (nom et prénoms)

.....  
né à ....., le .....

possédant tant la nationalité allemande que la nationalité suisse et devant accomplir ses obligations militaires en <sup>9</sup>.....  
se trouve dans la situation militaire suivante:<sup>10</sup>

- Il n'a pas encore été convoqué pour accomplir ses obligations militaires; il a donné suite aux dispositions légales concernant la conscription/le recrutement<sup>11</sup> en <sup>12</sup>.....
- Il a été convoqué pour accomplir son service militaire  
du ..... au ....., pour une durée totale de .....
- Il a été exempté ou dispensé le .....
- Il effectue du service civil.
- Il accomplit un autre service jugé équivalent.
- Il paie la taxe d'exemption de l'obligation de servir.

Lieu ..... Date .....

13  
.....

<sup>8</sup> Dénomination officielle des autorités qui certifient l'exactitude de la déclaration:  
*En Allemagne:* Office d'arrondissement de recrutement / Office fédéral du service civil.

*En Suisse:* Personnel de l'armée (DBC1) au sein de l'Etat-major de conduite de l'armée.

<sup>9</sup> Allemagne ou Suisse.

<sup>10</sup> Biffer ce qui ne convient pas.

<sup>11</sup> Biffer ce qui ne convient pas.

<sup>12</sup> Allemagne ou Suisse.

<sup>13</sup> Signature et timbre de l'autorité qui a établi le certificat.

## Protocole

---

Pour compléter la Convention du 20 août 2009 entre la Confédération suisse et la République fédérale d'Allemagne relative au service militaire des double-nationaux, les Parties contractantes sont convenues des dispositions suivantes:

Pour la transmission des informations relatives aux personnes selon l'art. 9, il sera tenu compte des principes suivants:

- a. Le service destinataire d'un Etat contractant renseigne le service expéditeur de l'autre Etat contractant à sa demande sur l'usage des informations transmises et sur les résultats qu'elles ont permis d'atteindre.
- b. L'usage des informations par le service destinataire n'est autorisé qu'aux conditions fixées par le service expéditeur et ne visera que les buts à atteindre par la présente convention. De plus, l'usage des informations est autorisé pour prévenir et poursuivre des actes punissables d'une gravité considérable ainsi que pour protéger la sécurité publique contre des dangers significatifs.
- c. Le service expéditeur veille à l'exactitude des informations à transmettre. Il s'assure aussi qu'elles soient nécessaires à atteindre le but visé dans le respect du principe de la proportionnalité. A cet égard, les interdictions de transmission prévues par le droit national sont prises en compte. Les informations ne sont pas transmises si le service expéditeur estime de manière fondée qu'une telle transmission est contraire au but des normes de droit national ou qu'elle porte atteinte aux intérêts dignes de protection de la personne concernée. Si des informations erronées ou des informations qui n'auraient pas dû l'être ont été transmises, il y a lieu d'en informer sans délai le service destinataire. Celui-ci est tenu du rectifier ou de supprimer immédiatement de telles informations.
- d. La personne concernée sera renseignée à propos du service destinataire à moins qu'elle ne doive s'attendre à la transmission des données ou qu'elle ait eu connaissance d'une telle transmission par d'autres canaux.
- e. A sa demande, la personne concernée obtiendra des renseignements sur les informations disponibles à son propos et sur leur utilisation prévue. Le droit à l'information est régi par les dispositions du droit de l'Etat contractant sur le territoire national duquel les renseignements sont demandés. L'Etat peut refuser de délivrer des renseignements lorsque son intérêt à ne pas les communiquer l'emporte sur l'intérêt du requérant à les obtenir.
- f. Le service destinataire répond, selon le droit de l'Etat dont il dépend, du dommage causé à celui qui est lésé par la transmission des informations sur la base de la présente convention. A l'égard de la personne lésée, le service destinataire des informations ne peut pas se prévaloir du fait que le dom-

mage a été causé par le service expéditeur. Si le service destinataire s'acquitte de dommages et intérêts pour un dommage causé par l'utilisation d'informations transmises à tort, le service expéditeur rembourse le montant représentant les dommages et intérêts supportés par le service destinataire.

- g. Lors de la transmission des informations, le service expéditeur indique les délais prévus selon son droit national pour leur conservation. A l'échéance de ces délais, les informations doivent être supprimées. Indépendamment de ces délais, les informations transmises doivent être supprimées dès qu'elles ne sont plus nécessaires pour atteindre le but qui a motivé leur transmission.
- h. Tant le service expéditeur que le service destinataire s'assurent que la transmission et la réception des informations fassent l'objet d'un procès-verbal.
- i. Le service expéditeur et le service destinataire protègent efficacement les informations transmises contre tout accès, modification et prise de connaissance non autorisés.